Um die agitatorische Wirkung der Aktion zu erhöhen, haben sich die Genossen vorn und hinten je eine Plakattafel umgehängt, auf denen folgende Losungen standen: "Arbeiter, erkennt eure Macht!" ,"Gegen Ausbeutung und Arbeiterverrat!", "Macht Schluss mit Phrasen, kämpft um euer Recht!", "Klassenkampf - ja, Sozialpartnerschaft - nein!"

Die Aktion kam gut an. Nicht nur bei den Betriebsangehörigen, auch bei Passanten fand sie Interesse. Manche von ihnen baten selbst um ein Flugblatt. Die Losung: "Arbeiter, erkennt eure Macht" fand besondere Zustimmung.

Die Genossen von der Vorarlberger Landesgruppe der VRAÖ (M-L) heben ausser der agitatorischen Wirkung unserer Argumente, die durch diese Aktion an die breite Masse herangebracht wurden, noch folgende wichtige Momente hervor:

1. Die Genossen freuten sich über diese Aktion, die ihre erste in der Öffentlichkeit war und sichtbaren Erfolg brachte. Sie stellten fest, dass wir <u>die Kräfte</u> für eine solche Aktion <u>haben</u> (während die sogenannte "KPÖ" dazu gar nicht imstande ist!) und dass umgekehrt für eine <u>solche</u> Aktion unsere Kräfte <u>ausreichen</u> (während manche andere Aktionen, die mitunter vorgeschlagen werden, bei realer Einschätzung der Verhältnisse über unsere Kräfte gingen und daher letzen Endes schädlich wären).

2. Die Genossen haben nicht nur zentrale Flugblätter vertrieben und dadurch unsere Auffassungen verbreitet, sondern auch die Verteilungsaktion selbst zu einer wirksamen Agitation (durch die Plakatumhängetafeln) gestaltet und sowohl bei der Anwendung dieser nicht alltäglichen Form wie bei der Formulierung der Losungen ihre eigene Initiative entfaltet und die konkrete Situation berücksichtigt.

3. Die Aktion wurde <u>gemeinsam</u> besprochen und beschlossen, <u>gemeinsam</u> vorbereitet (Losungen verfasst, Tafeln hergestellt), <u>gemeinsam</u> durchgeführt. Die in gemeinsamer Arbeit gemachten Erfahrungen schmiedeten das Kollektiv fester zusammen.

Die Vorarlberger Genossen planen weitere Aktionen dieser Art.

* * * * * * * * * * * * * * * *
* * * * * * * * * * * * * * * *

<u>SPENDET EINEN SESSEL !</u>

Wie wir berichtet haben, ist es uns gelungen, ein Lokal für unsere Organisation zu mieten. Das ist ein wichtiger Schritt vorwärts in unserer organisatorischen Entwicklung, ein grosser Erfolg, der aber nur gesichert bleiben kann, wenn wir unsere Kräfte noch mehr anstrengen.

<u>Wir haben wiederholt festgestellt, dass sich unsere Organisation ausschliesslich auf die Opferbereitschaft unserer Genossen und Leser stützt.</u> Eine Arbeiterorganisation, die im Kampf gegen Unternehmer und Grossgrundbesitzer steht, hat keine Mäzene. Im Gegenteil! Wie wir ebenfalls schon berichtet haben, ist die herrschende Klasse bemüht, uns durch immer neue Schikanen finanziell umzubringen. <u>Nun, das ist ihnen bis jetzt nicht gelungen und wird ihnen auch in Zukunft niemals gelingen. Ihre Angriffe stärken nur unseren Kampfgeist und unser Klassenbewusstsein.</u>

Unser Lokal war in ziemlich desolatem Zustand. Aber durch die Arbeit, in deren Verlauf neue, wertvolle Aktivisten gewonnen werden konnten, "wird schön langsam etwas". Eine Hürde können wir ohne die Hilfe aller Genossen nicht überspringen: wir haben keine Sitzgelegenheiten. Daher richten wir an alle Genossen den Appell: Spendet den Betrag für einen Sessel! Um S 45 können wir einen bekommen. Helft mit! Am 29. März müssen wir fertig sein!

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L) Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred, alle: 1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b.. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

DER KOMMUNIST

März 1969
Nummer 25

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo : S 30,--

HÄNDE WEG VON VOLKS-CHINA

Auf unserer Seite ist die marxistisch-leninistische Wahrheit, ist das internationale Proletariat. Uns zur Seite stehen die unterdrückten Nationen und Völker und die Volksmassen, die über 90 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Wir haben Freunde in aller Welt.

Mao Tse-tung

Als das Radio die Meldung vom russisch-chinesischen Grenzzwischenfall am Ussuri brachte, waren wir nicht überrascht. Wir haben derartiges erwartet und sind auf Fortsetzungen gefasst. Ebensowenig waren wir darüber erstaunt, dass die gesamte bürgerlich-sozialdemokratisch-revisionistische Presse die Version der Moskauer Renegaten von einer Schuld der Volksrepublik China an dem Zwischenfall propagierte, die ebensoviel Wahrheitsgehalt hat wie ihre Behauptung,die Tschechen hätten sie im August 1968"zu Hilfe gerufen".

Vor eineinviertel Jahrhunderten waren sie alle - die "edlen Europäer" - vereint, als sie mit den Opiumkriegen begannen, China zu kolonialisieren. Im Jahre 1900 war Österreich-Ungarn ebenso wie das russische Reich am Raubzug der acht imperialistischen Mächte gegen China beteiligt,um, wie Wilhelm II. damals sagte,die "heiligsten Güter" gegen die "gelbe Gefahr" zu verteidigen.Warum sollte es heute anders sein,da die entarteten Nachfahren der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution die Sowjetunion in ein neozaristisches Russland zurückverwandelt haben? Vielleicht weil "wir" den Russen "unser" angestammtes Jagdrevier in Ost- und Südosteuropa nicht gönnen? Wenn es gegen "Asiaten"-besser gesagt: gegen die Revolution der ehemaligen Kolonialvölker mit China an der Spitze - geht, dann erkennen "wir" auch die Kossygin und die Breschnew als "gute Europäer" an...

Wir unterschätzen keineswegs das rassi-

Aus dem Inhalt:

Wir wollten so rasch als möglich, unsere Stellungnahme zur russischen Provokation gegen China herausbringen. Um ein vorzeitiges Erscheinen zu ermöglichen,ist diesmal die Gestaltung der Zeitung nicht im gewohnten Rahmen. Auch die angekündigten Berichte werden erst in der April-Nummer enthalten sein, die jedoch schon in den ersten Tagen des nächsten Monats erscheinen wird.

*

Solidaritätsschreiben an die chinesischen Genossen auf Seite 11

stisch-chauvinistisch-sozialimperialistische Gift, das unsere Monopolkapitalisten im Verein mit den revisionistischen Renegaten und allen anderen Reaktionären in die Hirne der Menschen verspritzen, um sie für einen neuen imperialistischen Krieg - unter diesem oder jenem Vorwand, für diese oder jene ungerechten Ziele, an diesen oder jenen Fronten - gefügig zu machen. Eben deshalb müssen wir uns sogar mit den hanebüchensten "Argumenten" des Klassenfeindes und seiner Agenten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinandersetzen.

Geschichte und Geographie.

Da erzählen uns die Herrschaften - und viele von uns sind leider geneigt, es "ungeschauter" zu glauben -, dass China angeblich 1,5 Millionen Quadratkilometer von der UdSSR beanspruche, dass es die bestehenden Grenzen nicht anerkenne, dass es eine Bereinigung der "ungleichen Verträge" verlange usw. Was ist davon wahr? Wie verhält es sich mit der Geschichte und der politischen Geographie in Wirklichkeit?

Die Märchen über angebliche "Gebietsforderungen" Chinas an die Sowjetunion "stützen" sich auf eine vor mehreren Jahren in China herausgegebene Schullandkarte für den Geschichtsunterricht, auf der grosse Gebiete Ostsibiriens und der sowjetischen Pazifikküste als früher u China gehörig eingezeichnet sein sollen. Nun, in unzähligen Geschichtswerken und historischen Atlanten wird für die Zeit bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts eben dasselbe bezeugt. In der sowjetischen "Weltgeschichte" zum Beispiel (Band VI, S.236, Moskau 1959, russisch) zeigt eine Karte des asiatischen Teils des Russischen Reiches Anfang der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, dass die Grenze damals Hunderte Kilometer nördlich des Amur und geradeaus in östlicher Richtung zum Ochotskischen Meer verlief, daher z. B. die Gegend, wo sich der jüngste Zwischenfall ereignet hat, tief im Innern Chinas lag. Logischerweise können chinesische Karten, die für den Geschichtsunterricht bestimmt sind und die politische Geographie der damaligen Zeit veranschaulichen, kein anderes Bild ergeben. Bedeutet das etwa eine Anzweiflung der heutigen Grenzen? Dann dürften ja bei uns keine historischen Karten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gedruckt werden, in denen, sagen wir, Lemberg (Lwow) - heute in der Ukrainischen Sowjetrepublik gelegen - als Hauptstadt des damaligen Kronlandes Galizien innerhalb der Grenzen des Habsburgerreiches eingezeichnet ist! Wie absurd!

Man beruft sich ferner auf Äusserungen chinesischer Politiker, wonach die seinerzeit der Mandschu-Dynastie von den Imperialisten abgezwungenen ungleichen Verträge als solche von Volkschina nicht anerkannt werden können und auf Grund der gegebenen Verhältnisse in freundschaftlicher Weise aus der Welt geschafft werden sollen. Und das gelte auch für die früheren Verträge mit dem zaristischen Russland.

Wie Marx schrieb, führten die Ergebnisse des ersten Opiumkrieges Englands gegen China (1840/42) u.a. "zum erfolgreichen Eindringen Russlands vom Norden her". Nach dem Zweiten Opiumkrieg (1856/58), den England gemeinsam mit Frankreich gegen China führten und an dem Russland bereits indirekt beteiligt war, erzwang die zaristische Regierung von der Mandschu-Dynastie im Vertrag von Aigun die Abtretung des linken Amur-Ufers bis zur Mündung des Ussuri, wobei der Landstreifen zwischen diesem Nebenfluss des Amur und dem Japanischen Meer "vorläufig in gemeinsamer Verwaltung" Chinas und Russlands verbleiben sollte ("Diplomatisches Wörterbuch", russisch, Moskau 1948, BandI, Spalte 29-30). Einen Monat später (Juni 1858) wurde auch dieses Gebiet durch die Verträge von Tientsin, die, wie Marx schrieb, "China vor den Geschützmündungen diktiert" wurden, dem Russischen Reich gewaltsam einverleibt. Marx sagte, dass Russland dadurch "ein neues Territorium von der Grösse Frankreichs" erhalten habe, einen "kostbaren Landstrich", den es "von jeher glühend begehrt und dessen es sich.... immer zu bemächtigen versucht hat". Die damals festgelegte und bis heute bestehende Grenze am Ussuri wurde dann 1860 in den Verträgen von Peking bestätigt, die das zitierte "Diplomatische Wörterbuch" (Band II, Moskau 1950, Spalte 344) als "ungleiche Verträge, die als Folge des anglo-franko-chinesischen Krieges 1859/60 von England, Frankreich und Russland China aufgezwungenwurden",bezeichnet. Warum sollte das sozialistische China über all diese Tatsachen einfach hinwegsehen?

> Alle reaktionären Kräfte, die dem Untergang nahe sind, führen stets bis zuletzt einen Verzweiflungskampf. Sie nehmen unweigerlich Zuflucht zu militärischen Abenteuern und politischen Betrugsmanövern jeglicher Art, um sich vor dem Untergang zu retten.
>
> Mao Tse-tung

Die westlichen Imperialisten und die russischen Revisionisten setzen die Verleumdung in die Welt, dass China mit seiner Forderung nach Annullierung der ungleichen Verträge die bestehenden Grenzen in Frage stelle.Das gerade Gegenteil ist der Fall. In einem Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 29. Februar 1964 heisst es ausdrücklich: "Obwohl die in früherer Zeit abgeschlossenen Verträge über die chinesisch-russische Grenze ungleiche Verträge sind, ist die chinesische Regierung gewillt, diese Verträge zu respektieren und einer vernünftigen Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage zugrunde zu legen." Vor uns liegen eine Landkarte der Volksrepublik China von Anfang 1960 in chinesischer Sprache und ein Ende 1966 in Peking erschienener Rotgardisten-Atlas Chinas. In beiden Kartenwerken ist - ebenso wie in russischen, österreichischen usw. - die Staatsgrenze längs der Flüsse Amur und Ussuri gezogen, ohne irgendwelche Bezugnahme auf den Grenzverlauf in der Vergangenheit! Und wenn jetzt China mit dem Blut seiner Kämpfer die Grenzlinie verteidigt, die vom Zarismus gezogen wurde, so beweist dies doch jedem Unvoreingenommenen,dass es im Prinzip den Status quo nicht anficht.

Das bedeutet nicht, dass es unnötig wäre, die von der Geschichte verbliebene Grenzfrage durch Verhandlungen(über genaue Demarkation und etwaige kleinere Berichtigungen, wie sie durchaus üblich sind) zu lösen. China führte solche Verhandlungen mit der Mongolischen Volksrepublik, Burma, Nepal, Pakistan und Afghanistan und schloss mit ihnen neue Grenzverträge ab, wobei es eine von sämtlichen Partnern hervorgehobene Grosszügigkeit an den Tag legte. Auch mit der Demokratischen Volksrepublik Korea, mit der Demokratischen Republik Vietnam und mit dem Königreich Laos hat China keinerlei Meinungsverschiedenheiten bezügli h der Staatsgrenze. Nur mit den Moskauer Renegaten und den indischen Reaktionären kommt es dauernd zu Zwistigkeiten und Zwischenfällen wegen und an der Grenze. Warum gehen die

Machthaber im Kreml nicht auf die chinesischen Verhandlungsvorschläge ein?

In den Fusstapfen der Zaren.

Die Chruschtschow-Clique erklärte sich in Worten zu solchen Verhandlungen bereit. Sie weigerte sich aber bei den Vorbesprechungen, in das Vertragswerk die von chinesischer Seite vorgeschlagene Präambel aufzunehmen, in der die ungleichen Verträge verurteilt werden sollten. In einem Brief des ZK der KPdSU vom 29. November 1963 erklärte sie: "Es versteht sich, dass wir nicht die Absicht haben, die russischen Zaren in Schutz zu nehmen, die bei der Festlegung der Staatsgrenzen mit den Nachbarländern willkürlich vorgegangen sind. Wir sind überzeugt, dass auch Ihr nicht die Absicht habt, die chinesischen Kaiser in Schutz zu nehmen, die nicht wenige fremde Gebiete mit Waffengewalt an sich gerissen haben."

Durch diese feine Nuancierung wird die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf gestellt. Jedes Schulkind weiss, dass niemals China Aggressionen gegen Russland verübte, wohl aber der russische Zarismus jahrhundertelang gegen China, das er dann im Bunde mit den anderen Imperialisten in eine Halbkolonie verwandelt und aufgeteilt hat. Sollte da China, wie es die Chruschtschowisten verlangten, die so entstandenen Grenzen einfach als "historisch herausgebildet" stillschweigend anerkennen? Es ist nicht verwunderlich, ja, eher bewundernswert, wenn China lediglich erklärt: Wir sind bereit, die durch die ungleichen Verträge gezogenen Grenzen anzuerkennen; gebt ihr aber eurerseits zu, dass diese Grenzziehung seinerzeit eine ungerechte Sache war und dass wir grosszügig handeln, wenn wir sie dennoch akzeptieren. Das ist der Sinn des chinesischen Präambelvorschlags. Und seine Ablehnung durch die Moskauer Renegaten zeigt deren wahres Gesicht als Fortsetzer der zaristischen Expansionspolitik.

> Wir werden nicht angreifen, sofern man uns nicht angreift; greift man uns aber an, dann werden wir bestimmt zurückschlagen.
>
> *
>
> Der Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder sind Papiertiger, und auch die Revisionisten sind Papiertiger.
>
> Mao Tse-tung

Lenin nannte die Verräter an der Arbeiterklasse, die sich in Worten als Sozialisten gaben, in der Tat aber als Imperialisten handelten, "Sozialimperialisten". Die heutigen russischen Sozialimperialisten spielen sich als "Internationalisten" auf und bezichtigen die chinesischen Kommunisten des "Nationalismus". Lenin gab am Ende seines Lebens eine ausgezeichnete Antwort auf die Frage, "wie man Internationalismus zu verstehen hat".Er sagte, man müsse "zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation unterscheiden", und fuhr fort: "Daher muss der Internationalismus von Seiten einer unterdrückenden... Nation nicht nur in der Beobachtung der formellen Gleichheit der Nationen bestehen, sondern auch in einer solchen Ungleichheit, bei der die unterdrückende Nation... jene Ungleichheit gutmachen würde, die sich im Leben faktisch ergeben hat." Nur so können nach Lenin die Proletarier der unterdrückenden Grossmacht das Vertrauen der unterdrückten Nationen gewinnen.Andernfalls würden sie"auf den bürgerlichen Standpunkt abrutschen".

> Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die Kommunistische Partei der Sowjetunion wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Partei- und Staatsführung in der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen, die breite Masse der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie die Revolution wollen und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird.
>
> Mao Tse-tung

China brauchte aber kein besonderes Entgegenkommen. Es verlangte nur Gleichberechtigung. Die Oktoberrevolution brachte sie ihm. Am 26. Juli 1919 richtete die Sowjetregierung an China eine Note, in der sie auf alle Privilegien, Kontributionen und Exterritorialitätsrechte verzichtete, sich bereit erklärte, "alle Handlungen der Gewalt und der Ungerechtigkeit, die von früheren russischen Regierungen gemeinsam mit Japan und den Alliierten China gegenüber begangen wurden, ein für allemal aus der Welt zu schaffen", und den Abschluss von Verträgen auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorschlug. Wie chinesische Historiker berichten, "war damals das chinesische Volk von der gerechten Haltung der Sowjetregierung tief beeindruckt" (Hu Scheng, "Der Imperialismus und die Politik Chinas", S.256, Peking 1955, englisch). Sun Yat-sen forderte die "Zusammenarbeit mit Russland" als grundlegende politische Richtlinie, die der Neufassung seiner "Drei Volksprinzipien" entsprach, wonach das "nationale Prinzip" die "Zusammenarbeit mit jenen Nationen, die uns als Gleiche behandeln", bedeutete. Auf seinem Totenbett schrieb Sun Yat-sen an den Zentralexekutivausschuss der UdSSR: "Ihr steht an der Spitze eines Bundes freier Republiken, des Erbes, das der unsterbliche Lenin den unterdrückten Völkern hinterlassen hat... Jetzt, da ich mich von Euch, liebe Genossen, verabschiede, will ich die Hoffnung äussern, dass bald der Tag anbrechen möge, da die UdSSR in einem mächtigen, freien China einen Freund und Bundesgenossen begrüssen wird und da beide Verbündete im grossen Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker der Welt Hand in Hand dem Sieg entgegengehen werden."

Ein Vierteljahrhundert musste verstreichen, ehe dieser Tag kam. Wenige Monate nach dem Sieg der chinesischen Revolution, am 14. Februar 1950, schlossen die von Stalin geführte Sowjetunion und das freie Volkschina Mao Tse-tungs einen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag.Dieser Vertrag legte nicht nur der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit der beiden Staaten das Prinzip der Gleichberechtigung zugrunde, sondern er leitete auch die tatsächliche Verwirklichung dieses Prinzips in ihren brüderlichen Beziehungen ein, die damit zum festen Fundament des mächtigen sozialistischen Lagers wurden.

Mit der Usurpation der Staatsmacht in der Sowjetunion durch die revisionistische Renegatenclique nach dem Tode Stalins begannen sich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen von Grund auf zu ändern: Die neuen Machthaber im Kreml traten in die Fussstapfen des zaristischen Kolonialismus.

Ende des 19. Jahrhunderts war, wie Lenin schrieb, das "reaktionäre Europa, mit Russland an der Spitze, beunruhigt über die Niederlage, die das junge Japan China beigebracht hatte, und vereinigte sich, um Japan die besten Früchte seines Sieges wegzunehmen". Als sich "die gierigen Pranken der europäischen Kapitalisten nach China ausstreckten", um es bei lebendigem Leibe zu zerstückeln, rissen die russischen Kapitalisten die Mandschurei als ihre Einfluss- und Ausbeutungssphäre an sich. Lenin nannte dieses Vorgehen eine "verbrecherische Politik" und kündigte an, dass die proletarische Revolution mit dem russischen Kolonialismus Schluss machen würde. Und so geschah es auch. In der obenerwähnten Note hiess es: "Die Sowjetregierung hat auf alle Eroberungen verzichtet, die die Zarenregierung gemacht hat, als sie China die Mandschurei und andere Gebiete wegnahm." Jetzt aber, 50 Jahre später, überschreiten wieder russische Truppen die chinesische Grenze und nehmen Gebiete Nordostchinas (der früheren Mandschurei) für sich in Anspruch!

Der Appetit der neozaristischen Machthaber im Kreml erstreckt sich auch auf andere Gegenden Chinas. Durch ihre Agenten in der Mongolischen Volksrepublik, die sie in eine russische Kolonie verwandelt haben, üben sie eine Wühltätigkeit gegen das chinesische Autonome Gebiet Innere Mongolei aus, und sie haben starke Truppenverbände an der mongolisch-chinesischen Grenze zusammengezogen. Am meisten gelüstet es sie nach dem grossen, reichen und strategisch wichtigen Uighurischen Autonomen Gebiet Sinkiang im Nordwesten Chinas, wo sie 1962 - gleichzeitig mit den massiven Überfällen der indischen Reaktionäre auf chinesisches Territorium - schwere Grenzverletzungen begangen haben. Chruschtschow sagte im September 1964: "Sinkiang - das ist nicht China." Womit er offen den seinerzeitigen Anspruch der Zaren auf "Ostturkestan" (wie die Russen vor der Oktoberrevolution Sinkiang nannten, zum Unterschied von"Westturkestan", den heutigen mittelasiatischen Sowjetrepubliken) erneuerte.

Konterrevolutionärer Krieg gegen China bedroht Frieden in Europa.

Die russischen Sozialimperialisten rüsten aber nicht nur deshalb zum Krieg gegen China, weil sie die Expansionspolitik der Zaren wiederaufnehmen wollen. Ein noch stärkeres Motiv ist der Hass der an die Macht gelangten privilegierten bürgerlichen Schicht gegen China als vorbildlichen Staat der proletarischen Diktatur, als Bollwerk der antiimperialistischen und antikapitalistischen Weltrevolution, als Heimat der siegreichen marxistisch-leninistischen Ideen Mao Tse-tungs. Und ebendeshalb haben sie ein gemeinsames Klasseninteresse mit den amerikanischen Monopolkapitalisten, China militärisch einzukreisen.

Sie opfern dieser Einkreisungspolitik sogar Lebensinteressen des Sowjetvolkes auf, indem sie den japanischen Imperialisten (gegen deren Aggressivität der bis 1980 gültige sowjetisch-chinesische Bündnisvertrag gerichtet ist) den Luftraum über Sibirien öffnen, ihnen die sibirischen Bodenschätze zur Ausbeutung anbieten und sie - die wichtigsten Satelliten des US-Imperialismus in Asien! - als "Friedensfaktor im Fernen Osten" verherrlichen. Sie sind die grössten Waffenlieferanten Indiens, haben seit 1959 alle aggressiven Akte der indischen Kapitalsmagnaten Tata, Birla usw. gegen China unterstützt, gerade jetzt weilte der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko in Delhi, um neue konterrevolutionäre Pläne mit den dortigen reaktionären Machthabern auszuhecken. Sie haben den faschistischen Schlächtern des indonesischen Volkes Milliardenschulden gestundet und leisten ihnen weiter Wirtschafts- und Waffenhilfe. Ende Februar - Anfang März verhandelte Aussenhandelsminister Patolitschew mit der faschistischen Rahman-Clique im britischen neokolonialistischen Gebilde "Malaysia" über Vertiefung der"freundschaftlichen Beziehungen", um das "Vakuum", das durch den Rückzug der Engländer aus dem Raum "östlich von Suez" in Südostasien entstehen würde, an der Seite des US-Imperialismus "auszufüllen".

Und gerade jetzt, da die USA nach ihren schweren Niederlagen in Vietnam eine gewisse Ruhepause benötigen, unternehmen die Moskauer Machthaber neue, schwere Provokationen gegen China, um dem "Westen" zu zeigen,welch getreue Bundesgenossen sie im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind sind!

Adenauer erzählt in seinen unlängst veröffentlichten Memoiren, dass Chruschtschow im Gespräch mit ihm im Herbst 1955 "aus seinem Herzen kein Mördergrube gemacht" und "besonders Rotchina" als "Feind" Russlands bezeichnet habe, gegen den ihm Westdeutschland helfen sollte. Und als 1964 der Schwiegersohn Nikitas, Adschubej, Bonn besuchte, pochte er auf die "alte europäische Mission Russlands", um sich den westdeutschen Imperialisten als "Verteidiger gegen einen neuen Dschingis.Khan" anzubieten. Der Zeitpunkt des von den Russen provozierten Zwischenfalls am Ussuri war nicht zufällig gewählt: dadurch sollten die Kreml-Herren ein Alibi für ihre Verratspolitik gegenüber der DDR erhalten!

Die russischen Revisionisten spielten die Affäre um die Präsidentenwahl in Westberlin hoch, obwohl sie nichts in den Karten hatten. In den langen Gesprächen ihres Washingtoner Botschafters Dobrynin mit Nixon vor dessen Europareise, die der Sprecher des Weissen Hauses als "sehr ermutigend" bezeichnete, wurde diese ganze Inszenierung gründlich durchbesprochen, damit es keine Pannen gäbe. Die wiederholten Zusammenkünfte des Sowjetbotschafters in Bonn Zarapkin mit Kiesinger, dem er sogar in den Urlaubsort nachgelaufen war, dienten, obwohl so viel darüber herumgerätselt wurde, demselben Zweck. Wieder einmal sollte der Status quo in Europa bestätigt werden, diesmal zu Gunsten der USA, als Gegenleistung für ihr Stillhalten bei der CSSR-Krise.

Sowohl die Aggression gegen die Tschechoslowakei als auch die Kapitulation in der Berlin-Frage hat für die Renegaten im Kreml denselben Sinn: sich den Rücken freizuhalten für einen Krieg gegen das sozialistische China! Ihre Vorbereitungen für einen solchen konterrevolutionären Krieg bedeuten aber umgekehrt eine überaus ernste Bedrohung des Friedens in Europa. Denn es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, dass die westdeutschen Imperialisten eine Verstrickung der russischen Sozialimperialisten in einen - für diese von vornherein hoffnungslos verlorenen - Krieg gegen das chinesische 700-Millionenvolk zu Vorstössen in Europa ausnützen würden, die ihnen relativ risikolos erscheinen, die jedoch ohne Zweifel zu einem allgemeinen europäischen Krieg führen würden.

Die österreichischen Arbeiter (Sozialdemokraten wie Kommunisten) haben in der ersten Republik, trotz aller Meinungsverschiedenheiten, die von Lenin und Stalin geführte Sowjetunion als das Land der Arbeitermacht betrachtet und gegen alle imperialistischen Anschläge auf sie unter der Losung "Hände weg von Sowjetrussland!" demonstriert. Heute ist China das mächtigste Bollwerk des Sozialismus in der Welt. Es ist viel stärker als damals die Sowjetunion war. Nichtsdestoweniger ist es die Pflicht aller österreichischen Arbeiter - in ihrem Klasseninteresse wie im Interesse des Friedens für Österreich -, den russischen Sozialimperialisten zuzurufen: "Hände weg von Volks-China!"

* * *

ERKLÄRUNG DES CHINESISCHEN AUSSENMINISTERIUMS.

Wir haben unseren Artikel unmittelbar nach dem blutigen Grenzzwischenfall vom 2. März geschrieben. Nun erreicht uns während der Drucklegung dieser Nummer eine Erklärung des chinesischen Aussenministeriums, der wir folgendes zusätzliches Tatsachenmaterial entnehmen.

Am 2. März 1969 liess die revisionistische Renegatenclique der UdSSR eine grosse Anzahl bewaffneter Soldaten einen schändlichen Überfall auf die chinesische Insel Dschenbao im Ussuri-Fluss (Kreis Hulin, Provinz Heilungkiang) unternehmen, die unsere dort patrouillierenden Grenzwachen plötzlich angriffen und viele von ihnen töteten bezw. verwundeten. Nach diesem Zwischenfall versuchte die Renegatenclique aus schwarz weiss zu machen und die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verdrehen, indem sie behauptete, die Insel wäre sowjetisches Territorium und chinesische Truppen hätten die Staatsgrenze überschritten und sowjetische Grenzsoldaten angegriffen. Diese Behauptung ist ein kompletter Unsinn!

Sogar nach dem ungleichen "Chinesisch-Russischen Vertrag von Peking (1860) ist die Insel Dschenbao unbestreitbar chinesisches Territorium. Der Vertrag legte fest, dass das Gebiet östlich des Ussuri zu Russland, das westlich dieses Flusses zu China gehöre. Den Grundsätzen des Völkerrechtes entsprechend soll im Falle schiffbarer Grenzflüsse die Grenzlinie,die für die Zugehörigkeit von Flussinseln bestimmend ist, in der Mitte der Hauptfahrrinne verlaufen. Dschenbao sowie die benachbarten Inseln Kapotzu und Tschilitschin befinden sich auf der chinesischen Seite dieser Linie und standen immer unter der Rechtshoheit Chinas. Chinesische Grenzwachen haben stets auf diesen Inseln patrouilliert, und chinesische Einwohner gehen dort ständig ihrer produktiven Erwerbstätigkeit nach. Während der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen im Jahre 1964 konnte die sowjetische Seite selbst nicht umhin zuzugeben, dass diese Inseln chinesisches Territorium sind.

Bei diesen Verhandlungen hat die chinesische Regierung klargestellt,dass die chinesisch-russischen Verträge von Aigun und Peking sowie andere Verträge, die sich auf die gegenwärtige chinesisch-sowjetische Grenze beziehen, ungleiche Verträge sind, die der russische Imperialismus der Zaren China aufgezwungen hatte, als die Staatsmacht nicht in den Händen der Völker Chinas und Russlands lag. Jedoch in dem Wunsche, die revolutionäre Freundschaft des chinesischen mit dem sowjetischen Volk zu festigen, war die chinesische Seite bereit, diese Verträge zur Grundlage für die genaue Festlegung der Grenze zwischen den beiden Ländern in ihrem ganzen Verlauf und für die Regelung aller mit der Grenze zusammenhängenden Fragen zu nehmen. Jede Seite, die im Widerspruch zu den bestehenden Verträgen Gebiete auf der anderen Seite besetzt hält, sollte diese zur Gänze und bedingungslos der anderen Seite zurückgeben, was jedoch notwendige Berichtigungen an einzelnen Stellen der Grenze durch die eine und die andere Seite auf der Grundlage der Verträge und im Einklang mit den Prinzipien der gleichberechtigten Konsultation, des gegenseitigen Verständnisses und Entgegenkommens nicht ausschliessen sollte.

Die sowjetische Seite lehnte aber diese vernünftigen Vorschläge der chinesischen Seite ab. Sie weigerte sich, die auf die gegenwärtige chinesisch-sowjetische Grenze bezughabenden Verträge als ungleiche Verträge zu qualifizieren, und lehnte es hartnäckig ab, sie zur Grundlage für die Regelung der Grenzfrage zu nehmen, in dem vergeblichen Versuch, China einen neuen ungleichen Vertrag aufzuzwingen und auf diese Weise die Besetzung des chinesischen Territoriums, dessen sie sich durch Überschreiten der in den ungleichen Verträgen festgelegten Grenze bemächtigt hatte, zu verewigen. Diese grossmachtchauvinistische und expansionistische Haltung der revisionistischen Renegatenclique der UdSSR wurde von chinesischer Seite schärfstens verurteilt. Die chinesische Seite hat klar betont, dass sie, falls die sowjetische Seite stur auf ihrer Haltung beharrt, sich ihren Standpunkt in der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage als Ganzes von neuem zu überlegen haben wird.

Die sowjetische revisionistische Renegatenclique hat nicht nur eine Regelung der Grenzfrage durch Verhandlungen abgelehnt, sondern unaufhörlich den Status quo an der Grenze verletzt und Grenzzwischenfälle hervorgerufen. So sind z.B. in den zwei Jahren vom 23. Jänner 1967 bis 2. März d.J. sowjetische Grenztruppen sechzehnmal allein auf die Insel Dschenbao zur Winterszeit über den eisbedeckten Fluss eingedrungen, wobei sie in mehreren Fällen chinesische Grenzer, die sich auf normalem Patrouillengang befanden verwundeten und chinesische Waffen raubten.

Die revisionistische Renegatenclique der UdSSR hat das Erbe des zaristischen russischen Imperialismus angetreten und betreibt eine sozialimperialistische Aggressionspolitik. Gegenden, die vom russischen Zaren-Imperialismus okkupiert wurden, betrachten sie als ihren Besitz, und Gegenden, die vom zaristischen russischen Imperialismus nicht okkupiert werden konnten, wollen sie in Besitz nehmen. Sie sind die neuen Zaren von heute.

+++++

Tod den USA-Imperialisten – Das VOLK von Vietnam wird siegen

NEUE ERFOLGREICHE ANGRIFFE DER BEFREIUNGSFRONT...

In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar begann eine Serie neuer umfassender Angriffe der Volksbefreiungsstreitkräfte Südvietnams auf zahlreiche vom Feind besetzte Städte sowie Militärstützpunkte und -einrichtungen der US-Aggressoren und ihrer Saigoner Marionetten.

Vom 22. bis 27. Februar wurden im Gebiet Trung Bo mehr als 200 Ziele in 34 größeren und kleineren Städten, darunter Da Nang, Kon Tum, Pleiku und Ban Me Thuot, mit Raketen bombardiert. Auch zwölf Flugplätze, elf Lagerhäuser und zahlreiche Artilleriestellungen der amerikanischen und Marionettentruppen standen unter schwerstem Beschuß und wurden auch durch Bodentruppen der Volksbefreiungsstreitkräfte angegriffen. Im Gebiet Tay Nguyen wurden an die 1.400 feindliche Soldaten und Offiziere bei den Angriffen auf Provinzhauptstädte und auf bedeutende US-Stützpunkte außer Gefecht gesetzt.

Gleich in der ersten Nacht der Angriffserie wurden wichtige Zentren der feindlichen Militär- und Verwaltungsbehörden unter Beschuß genommen, darunter die Polizeizentrale und das Marinehauptquartier der Marionetten in Saigon.

In den Provinzen rund um Saigon führten die Volksbefreiungstruppen zahlreiche Artillerie - und Infanterieangriffe auf amerikanische Stellungen, Versorgungspunkte und Flugplätze, darunter bei Long Binh und Bien Hoa. Allein beim Angriff auf eine amerikanische Stellung bei Dau Tieng wurden am 23. Februar 800 Mann des Feindes getötet oder verwundet. Am selben sowie am nächsten Tag wurden südöstlich davon 500 Amerikaner außer Gefecht gesetzt und ein gemischtes Bataillon US- und Marionettentruppen aufgerieben, dann 450 Mann anderer Einheiten getötet oder verwundet, nachdem schon bei Tra Cao (Provinz Tay Ninh) ein US-Bataillon vernichtet worden war. Am 26. Februar verloren die Amerikaner in ihrem Stützpunkt bei Dong Nhu durch Artilleriebeschuß und Bodenkämpfe mehr als 800 Mann. Auch im Mekong-Delta erlitten die Aggressoren und ihre Lakaien schwere Verluste.

... UND NEUE KOMPLOTTE NIXONS MIT DEM KREML

Während das vietnamesische Volk bei den Pariser Schwindelverhandlungen naturgemäß nicht den geringsten Vorteil erlangt, hat es in der kurzen Zeit erneut aufgeflammter Kampftätigkeit bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Nixon, der die schweren US-Verluste bei den letzten Kämpfen zugegeben hat, weiß nicht aus noch ein. Er wolle nicht mit der Wiederaufnahme der Bombardierungen in Nordvietnam drohen, werde aber eventuell "angemessene Maßnahmen" ergreifen müssen, sagte Nixon auf seiner Pressekonferenz vom 5. März. Er wolle "den Vietnamkrieg so bald als möglich beenden", fügte er hinzu, drohte aber zugleich mit einem "anderen Kurs", falls das vietnamesische Volk nicht kapituliert.

Nixon hat soeben seinen Kriegsminister Laird auf eine "Inspektionsreise" nach Saigon entsandt. Er ist sich aber sehr wohl bewußt, daß Laird ebensowenig für die US-Imperialisten zu erreichen vermag, wie seinerzeit MacNamara bei dessen zahlreichen Reisen nach Vietnam, von denen er jedesmal mit der Ankündigung eines "baldigen Endsieges" zurückkehrte. Die einzige Hoffnung für Nixon bleibt die Verräterclique im Kreml. Folgen wir dem Bericht des Washingtoner Korrespondenten der "Neuen Zürcher Zeitung" über diese Pressekonferenz:

"Die Sowjets haben den Wunsch, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln, und man kann... sagen, daß sie trotz ihrer ambivalenten Haltung in der Vietnamfrage und im Nahen Osten wahrscheinlich bereit sind, zu einer De-Eskalation dieser Konflikte beizutragen, weil sie keine Konfrontation mit Amerika wollen. Ohne sowjetische Kooperation wäre es auch kaum möglich, die Lage in Vietnam oder im Nahen Osten zu entschärfen. In Vietnam, wo sich der Kreml in einer delikaten Situation befindet,.... haben sich die Sowjets bisher für die Vereinigten Staaten als hilfreich erwiesen, obschon sie an Hanoi Waffen liefern... Nach den Gesprächen mit Dobrynin (Sowjetbotschafter in Washington -D.Red.) glaubt Nixon annehmen zu können, daß Moskau geneigt wäre mitzuhelfen, diesen Krieg (natürlich zu seinen Bedingungen -D.Red.) zu beenden.

EN MINIATURE

Nachahmung der Politik der ÖVP-Bundesregierung auf Landesebene - so lautet die goldene Regel der Wiener Raben- pardon Stadtväter. Zwei Seelen wohnen in der Brust der SP-Führung, jenachdem ob sie als "Opposition" oder als Regierung agiert. Der Gegensatz zwischen Wort und Tat ist eine unerschöpfliche Quelle ungewollter Komik, wobei die wirkliche Politik die erfindungsreichste Satire noch weit übertrifft. Mit welchem Wortschwall donnerten doch die Helden der parlamentarischen Opposition gegen die Wachstumsgesetze der ÖVP. Steuergeschenke für die Reichen legten sie der Regierungspartei zur Last, während sie selbst in Wien die gleiche Politik verfolgten. Welcher Unterschied zwischen den Steuergeschenken der Bundesregierung und den zahlreichen Kreditaktionen und Subventionen der Gemeindeverwaltung bestehen soll, ist nicht zu enträtseln. Unter diesen Morgengaben an die "notleidende" Bourgeoisie ragt die Kreditaktion an das Wiener Gastgewerbe besonders hervor: bis zu 150.000 Schilling zinsenloser Kredit aus den Mitteln der Getränkesteuer (!), von dem lediglich die Hälfte (!) zurückgezahlt werden muß, zeigen das "goldene Wienerherz" des Finanzstadtrates Slavik für die Bourgeoisie. Der Arbeiter, kleine Angestellte und Pensionist darf dabei die wichtigste Funktion erfüllen - er bezahlt das alles. Für "sozialen Klimbim" wird kein Geld "hinausgeworfen", sodaß unter dem Vorwand der Kostendeckung alle städtischen Gebühren laufend erhöht werden. Im Parlament allerdings belehren die Abgeordneten der SPÖ die ÖVP-Minister über den unsozialen Charakter eines solchen Prinzips.

Besonderer Beliebtheit erfreut sich die Taktik, geplante Steuer- und Tariferhöhungen nach den Wahlen durchzuführen. Es bedarf keiner allzugroßen Gabe, die Erhöhung der Gas- und Strompreise, der Straßenbahn und die Einführung neuer Gebühren (Parkometer) nach den Wiener Gemeinderatswahlen zu prophezeien.

Beim Drehen der Steuer- und Preisschraube haben beide Parteien ihr Programm stets übererfüllt; je weniger sie vor der Wahl hievon sprachen, desto größere Energie legten sie nachher an den Tag. Ebenso ließen die Lorbeeren der Regierung im Kampf gegen den Mieterschutz die Wiener SP-Führung nicht ruhig schlafen. Erst als sie die Städtische Wohnbautätigkeit praktisch eingestellt und für arbeitende Menschen unerschwingliche Bauvorhaben gefördert hatte, konnte sie erleichtert aufatmen. Als "Zuckerl" präsentierte sie die Kostenbeteilugung von "nur" S 40.000 für alle jene, die unter so skandalösen Umständen vegetieren müssen, daß sie nicht einmal von der Rathausverwaltung ignoriert werden können. "Gnädigerweise" werden sie für eine Gemeindewohnung vorgemerkt und dürfen warten.

Faule Ausreden und leere Versprechungen erhalten alle, aber nur wenige die ihnen zustehende Wohnung.

Ordnung, Ordnung über alles lautet der Schlachtruf der polizeistaatlichen Bürokratie, der von jener der Tintenburg mit großem Wohlgefallen übernommen wird. Unter dem Deckmantel der "Sauberkeit" versucht sie jede tatsächliche oder vermeintliche Opposition gegen das Kapital und seine Handlanger von der Bevölkerung zu isolieren. Mit Argusaugen wird da in allen Gesetzen herumgestöbert, um vielleicht doch den Anschein eines gesetzmäßigen Vorgehens zu erwecken. Sogar auf Straßenverkehrsordnung und Ankündigungsabgabe wird zur Unterdrückung politischer Informationstätigkeit zurückgegriffen. Unsere Vereinigung Revolutionärer Arbeiter "erfreut" sich dabei ihrer besonders"fürsorglichen" Hand.

Es ist kein Zufall, daß die SP-Führung, um von der tristen Gegenwart abzulenken, um die zukunftsorientierte Jugend zu täuschen, das Schlagwort von der "Vision 2000" konstruiert. Dieses Plagiat von ÖVP-Werbeslogan "Kraftvoll in die 70-er Jahre", demonstriert auch auf dem Gebiet der Propaganda eines: SP-Landespolitik ist ÖVP-Bundespolitik en miniature.

UNSERE ORGANISATION

ERFOLGE BERICHTE ERFAHRUNGEN

SOLIDARITÄTSSCHREIBEN UNSERER ORGANISATION AN DIE CHINESISCHEN GENOSSEN

Werte Genossen.

Angesichts der ungeheuren Provokation der Moskauer Revisionistenclique, des bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Chinesischen Volksrepublik, sehen wir es als unsere Pflicht an, durch Sie an das chinesische Volk und an die vom grossen Führer Mao Tse-tung geleitete, ruhmreiche KP-Chinas Grüsse innigster Solidarität zu senden.

Die von der Moskauer Führungsclique zynisch geplante und gerade jetzt durchgeführte Provokation gegen das Bollwerk der Weltrevolution, das grosse Rote China, hat zwei Ziele: Einmal will man den auseinanderfallenden Haufen der Revisionisten in eine antirevolutionäre, antichinesische Front bringen, die sich nach Belieben kommandieren lässt. Gleichzeitig soll dem deutschen Volk und den von den anderen Revisionisten beherrschten Völkern gezeigt werden, dass nicht der deutsche Revanchismus und Imperialismus der erklärte Feind sei, sondern die Volksrepublik China. Die schmähliche Kapitulation vor den deutschen Revanchisten und Imperialisten anlässlich der Wahl ihres Oberhauptes in Berlin ist nur mehr eine logische Konsequenz des Verrates der Moskauer Renegaten. Zum anderen soll dem neuen Häuptling der amerikanischen Imperialisten - Richard Nixon - bevor man mit ihm zu "freundschaftlichen Gesprächen" zusammenkommt, diese Morgengabe dargebracht werden. Seht, wir haben nichts gegen Euch Imperialisten, wir haben uns in letzter Zeit genug Verdienste bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen der Völker der ganzen Welt erworben! Wir erweisen uns auch jetzt wieder als Eure treuesten Vasallen!

Wir sind überzeugt, dass der Stein, den die revisionistischen Konterrevolutionäre gegen das revolutionäre China schleudern, auf ihre eigenen Füsse fallen wird, dass diese ungeheure Provokation ihren Untergang nicht verzögern sondern beschleunigen wird.

Wir verneigen uns in Ehrfurcht vor den gefallenen Helden, die ihre revolutionäre Heimat und die Weltrevolution verteidigten. Ihr Opfertod ist uns Verpflichtung, mit aller Entschiedenheit gegen den Revisionismus zu kämpfen, diesen gefährlichsten Feind in den Reihen der Arbeiterbewegung und Komplicen Nummer eins des Weltimperialismus.

Es lebe das grosse Rote China!
Es lebe die Weltrevolution!
Es leben die Ideen Mao Tse-tungs!
Hände weg von Volks-China!

***

Dieser Brief wurde von der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua am 15. März unter der Überschrift "Die österreichischen Freunde verurteilen die bewaffnete Provokation der Sowjetrevisionisten gegen China" wiedergegeben.

* * * * * * * * * * * * * * *

GELUNGENE FLUGBLATTAKTION IN DORNBIRN

Vor einigen Wochen wurde von unseren Vorarlberger Genossen vor einem Betrieb der Textilfirma Hämmerle in Dornbirn eine gutorganisierte Flugblattverteilung durchgeführt, die erfolgreich verlief.

Schon einige Tage vorher fand eine speziell einberufene Besprechung statt, bei der die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktion gründlich diskutiert wurde. Vier Genossen übernahmen es, das zentrale Werbeflugblatt der VRAÖ (M-L) beim Mittagsschichtwechsel vor dem Fabrikstor zu verteilen.